

Tagesordnung I Punkt 15 der öffentlichen Sitzung am 09. Februar 2012

Antrags-Nr. 11-F-03-0060

European Business School (EBS Law School)

- Antrag der Stadtverordnetenfraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 07.12.2011-

Die European Business School kommt aus den Negativ-Schlagzeilen nicht mehr heraus. Ihre Glaubwürdigkeit wurde durch die Zweckentfremdung von Landesmitteln deutlich erschüttert. Dies führte sogar dazu, dass ein wichtiger Sponsor, die Deutsche Post AG, seine Finanzierung stoppte. Vor diesem Hintergrund und im Hinblick auf die Tatsache, dass das Thema EBS-Ansiedlung wichtige finanzielle als auch planungspolitische Konsequenzen für die Stadt Wiesbaden hat, fordert Bündnis 90/Die Grünen Aufklärung über die Sachlage. Den Anliegern wurde ursprünglich versprochen, zügig Anstrengungen zur Aufwertung der Moritzstrasse zu unternehmen, seither ist viel Zeit vergangen.

Der Magistrat wird gebeten,

1. zu berichten, inwieweit der Prozess der Ansiedlung der EBS (Law School) an der Moritzstraße fortgeschritten ist und welche Probleme die Vergabe des Bauauftrages verzögern;
2. zu klären, ob Medienberichte zutreffen, wonach eine Insolvenz der EBS möglich ist und welche Folgen eine solche Insolvenz der EBS für das Areal (altes Gerichtsgebäude) an der Moritzstraße haben würde;
3. da offenbar unabsehbar ist, wann es zu den Umbaumaßnahmen kommt und über weitere Monate hinaus mit einem Lehrstand zu rechnen ist, fordern wir den Magistrat auf mit dem Land und den Jugend- und Kulturinitiativen in Kontakt zu treten um über eine Zwischennutzung zu verhandeln;
4. Unabhängig davon wie es mit der EBS weitergeht ist der Magistrat verpflichtet ein umfassendes Konzept für die Aufwertung der Moritzstrasse vorzulegen.
5. zu erklären, wie er im Falle einer Insolvenz der EBS die Verwertbarkeit der bestehenden dinglichen Sicherung einschätzt (gemäß Vorlagenummer 08-V-01-0025).

Beschluss Nr. 0082

Der Antrag der Stadtverordnetenfraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 07.12.2011 betr.

European Business School (EBS Law School)

wird zur weiteren Beratung und Beschlussfassung an den Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Beschäftigung überwiesen.

1. Dem Vorsitzenden des Ausschusses
für Finanzen, Wirtschaft und Beschäftigung
mit der Bitte um weitere Veranlassung

Wiesbaden, .02.2012

2. Dem Magistrat
mit der Bitte um weitere Veranlassung

Nickel
Stadtverordnetenvorsteher

Der Magistrat
-16 -

Wiesbaden, .02.2012

Dezernat I
mit der Bitte um Kenntnisnahme

Dr. Müller
Oberbürgermeister